

A decorative graphic consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly follows the shape of the title and subtitle.

Zwischen antiklerikaler System- opposition und postkommunistischer Orientierungslosigkeit

Die polnische Linke auf der Suche nach sich selbst

KNUT DETHLEFSEN UND JULIA WALTER

Februar 2012

- Bei den polnischen Parlamentswahlen vom 9. Oktober 2011 erlitt der Demokratische Linksbund (SLD) eine verheerende Niederlage. Nur noch acht Prozent der Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten unter der Führung des jungen Parteivorsitzenden Grzegorz Napieralski. Die antiklerikale Bewegung Palikots (RP) erzielte demgegenüber mit einem Wahlergebnis von zehn Prozent einen unerwartet hohen Erfolg und stellt nunmehr die drittstärkste Fraktion im Sejm.
- Da auf den Listen der RP verschiedene Repräsentanten der außerparlamentarischen Linken kandidierten, wurde die RP von politischen Beobachtern noch in der Wahlnacht zur Erbin der polnischen Linken ausgerufen. Bei einem genaueren Blick auf Politiker, Programm und Wählerschaft der Palikot-Bewegung wird jedoch schnell klar, dass es sich nicht um eine sozialdemokratische Partei im traditionellen Verständnis, sondern vielmehr um eine populistische Anti-Establishment-Bewegung handelt.
- Die Verluste des SLD sind auf eine Mischung aus handwerklichen Fehlern während der Wahlkampagne und inhaltlichen Schwächen der SLD-Spitzenpolitiker zurückzuführen. Zudem haben die gesellschaftlichen Spannungsfelder, aus denen der SLD in den 1990er Jahren seine Zustimmung zog, entweder an Bedeutung verloren oder wurden längst von anderen Parteien besetzt. Will der SLD nicht vollends in der Bedeutungslosigkeit versinken, muss er sich inhaltlich und personell möglichst zügig neu aufstellen.



Inhalt

Einleitung	3
Liegt die Zukunft der Linken in den Händen von Palikot?	3
Zivilgesellschaftliche Aktivisten und tüchtige Geschäftsmänner – die Parlamentarier der RP	4
Enfant terrible des polnischen Liberalismus: Der kometenhafte Aufstieg des Janusz Palikot	4
Merkmale einer populistischen Anti-Establishment-Partei	5
Der SLD ist in seinen Grundfesten erschüttert	7
Die irrtümlichen Lehren des Präsidentschaftswahlkampfes	7
Die Funktionäre sperren sich gegen eine Öffnung der Partei	9
Wo kann die programmatische Zukunft des SLD liegen?	9
Literatur	11

Einleitung

Die polnische Parlamentswahl vom 9. Oktober 2011 endete mit einer herben Schlappe für den postkommunistischen Bund der Demokratischen Linken (SLD). Mit nur acht Prozent der Wählerstimmen erzielte die Partei einen schwachen fünften Platz und zugleich das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. 43 Prozent der Wähler, die vier Jahre zuvor noch für den SLD votiert hatten, entschieden sich nun für eine andere politische Option oder hielten sich von den Urnen fern. Ganze 27 Parlamentssitze gingen der SLD-Fraktion im Sejm auf diese Weise verloren. Dem neuen Unterhaus gehören nun nur noch 26 sozialdemokratische Abgeordnete an.

Besonders schmerzhaft war diese Niederlage vor allem deshalb, da dem Linksbund im Frühjahr 2011 noch Werte von bis zu 17 Prozent prognostiziert worden waren. Und auch wenn die Meinungsumfragen im Herbst längst nicht mehr so optimistisch ausfielen, rechneten die Mitarbeiter des SLD-Parteivorstandes fest mit einem zweistelligen Ergebnis – bis zu dem Moment, als am Wahlabend die ersten Hochrechnungen über den Bildschirm flimmerten.

Während im Hauptquartier des SLD am Abend des 9. Oktober dementsprechend entsetzte Fassungslosigkeit vorherrschte, feierte sich die erst wenige Monate alte Palikot-Bewegung (RP) als eigentliche Gewinnerin des Urnengangs. Zwar erzielte die Partei nur das drittbeste

Ergebnis, doch angesichts der kurzen Zeitspanne ihres Bestehens, der politischen Unerfahrenheit des Großteils ihrer Mitglieder sowie den ursprünglichen Vorhersagen der Wahlforscher waren die errungenen zehn Prozent ein beachtliches Ergebnis.

Liegt die Zukunft der Linken in den Händen von Palikot?

Rückblickend scheint es, als habe sich die polnische Wahlkampagne des Jahres 2011 einzig auf die Ergebnisse des SLD und der Palikot-Bewegung ausgewirkt (vgl. Syska 2011: 8). Bereits im Frühjahr hatte die im Zweijahresrhythmus angefertigte Sozialdiagnose des Warschauer Soziologen Janusz Czapirski nahezu auf das Prozent genau die späteren Wahlergebnisse der liberalen Bürgerplattform (PO), der national-katholischen Recht und Gerechtigkeit (PiS) und der bäuerlichen Polnischen Volkspartei (PSL) antizipiert. Lediglich in Bezug auf die RP und den SLD lagen die Werte der Sozialdiagnose vollkommen daneben. Während die Postkommunisten im letzten halben Jahr vor der Wahl die Hälfte ihrer Sympathisanten verloren, stieg der Zuspruch für Palikot im selben Zeitraum um ein Zehnfaches (vgl. Czapirski /Panek 2011: 294).

Nicht nur deshalb brach noch am Wahlabend eine Debatte über das Ende der postkommunistischen Sozialdemokratie in Polen los, in der die Palikot-Bewegung

Tabelle 1: Wahlergebnisse zum Sejm 2011

Partei	Prozent der Stimmen	Veränderungen zu 2007 in Prozent
Platforma Obywatelska (PO)	39,18	-2,33
Prawo i Sprawiedliwość (PiS)	29,89	-2,22
Ruch Palikota (RP)	10,02	+10,02
Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL)	8,36	-0,55
Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)	8,24	-4,91

Tabelle 2: Polnische Parteien, die im Sejm vertreten sind

Name	Parteivorsitzender	inhaltliche Ausrichtung
Bürgerplattform (PO)	Donald Tusk	wirtschaftsliberal, wertkonservativ
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	Jarosław Kaczyński	national-katholisch
Bewegung Palikots (RP)	Janusz Palikot	antiklerikal, populistisch
Polnische Volkspartei (PSL)	Waldemar Pawlak	Interessenvertretung der Landbevölkerung
Bund der Demokratischen Linken (SLD)	Leszek Miller	sozialdemokratisch, postkommunistisch

schnell zum Erben der polnischen Linken ernannt wurde. Immerhin hatte die Gruppierung, die ihren Namen dem Parteigründer und -vorsitzenden Janusz Palikot verdankt, im Wahlkampf insbesondere mit antiklerikalen Postulaten Furore gemacht. Mit einer im katholischen Polen bis dato ungekannten Entschlossenheit warben die Kandidaten Palikots für das Entfernen religiöser Symbole aus dem öffentlichen Leben, das Verbot von Religionsunterricht an staatlichen Schulen und die Abschaffung kirchlicher Steuerprivilegien. Weitere kulturell progressive Forderungen umfassten die Legalisierung weicher Drogen, die Lockerung des strikten Abtreibungsparagraphen und die rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften.

Zivilgesellschaftliche Aktivisten und tüchtige Geschäftsmänner – die Parlamentarier der RP

Durchaus glaubwürdig verkörpert wurden diese Inhalte von prominenten Kandidaten aus den Homosexuellen- und Transsexuellenverbänden und der Frauenbewegung, die Janusz Palikot nicht selten direkt vom SLD abgeworben hatte. Beispielsweise erhielten der Schwulenaktivist Robert Biedroń und die Frauenrechtlerin Wanda Nowicka den ersten bzw. zweiten Listenplatz in Gdingen und Warschau. Ursprünglich wollten beide als unabhängige Kandidaten für den SLD antreten, hatten dort aber weniger attraktive Listenplätze zugesprochen bekommen. Im erzkatholischen Krakau wiederum führte Anna Grodzka die Palikot-Liste an. Grodzka, bis zum September 2011 noch Mitglied des SLD, ist mittlerweile stellvertretende Vorsitzende der Palikot-Fraktion im Sejm und die erste bekennende Transsexuelle im polnischen Parlament.

Als Vorsitzende des Verbandes für Frauenrechte und Familienplanung, Gründerin der Stiftung Trans-Fuzja und Aktivist der Kampagne gegen Homophobie vertreten Nowicka, Grodzka und Biedroń seit Jahrzehnten politische Anliegen, die in Polen bis heute keinesfalls mehrheitsfähig sind. Eine berufspolitische Karriereplanung war mit ihrem unermüdlichen Engagement für diese vermeintlichen Nischenthemen zweifelsohne nicht verbunden. Insofern zeichnen sich die nach dem Vorsitzenden wohl prominentesten Aushängeschilder der Palikot-Bewegung durch eine linke Glaubwürdigkeit aus, die den meisten Kandidatinnen und Kandidaten des SLD in diesem Herbst wohl abging.

Die Etikettierung der RP als Hoffnungsträger einer neuen linken Bewegung in Polen scheint dennoch etwas verfrüht. Schließlich stellen die Lebensläufe von Grodzka, Biedroń und Nowicka eher die Ausnahme als die Regel unter den Repräsentanten der Palikot-Bewegung dar. Für den überwiegenden Teil der Parlamentarier ist deren Engagement für die RP ihre erste ernstzunehmende politische Betätigung. Mit den antiklerikalen Parolen des Parteiprogramms können sie sich zwar identifizieren, als langjährige Vorkämpfer der Säkularisierung sind sie aber nicht bekannt.

Vor allem aber: Die skeptische Distanz zur Kirche sowie die übrigen soziokulturellen Ansichten sind die einzigen Indikatoren, an denen die vermeintlich linke Orientierung der Palikot-Bewegung festgemacht wird. Wirtschafts- und sozialpolitisch ist die Interessenlage vieler Palikot-Jünger keineswegs traditionell sozialdemokratisch. Das Wahlprogramm der RP propagiert etwa einen Einheitssteuersatz von 18 Prozent und die Entlassung von »Tausenden von Beamten«, die sich nach der von der RP vorgeschlagenen Umwandlung des Wirtschaftsministeriums in ein »Unternehmensministerium« überflüssig machen würden. In einem 15-Punkte-Plan »für das Polen unserer Träume« schlägt die Partei ferner die regelmäßige Evaluierung des Arbeitsoutputs aller Staatsdiener vor. Ziel dieser Maßnahme sei die »Entlassung der schwächsten fünf Prozent in jedem zweiten Jahr«, da der Staat sich ihre Finanzierung nicht länger leisten könne.

Ein flüchtiger Blick auf die beruflichen Biografien der Palikot-Abgeordneten genügt, um zu erahnen, dass diese Rhetorik nicht von ungefähr kommt. 25 der insgesamt 41 Abgeordneten Palikots sind von Haus aus kleine und mittelständische Unternehmer. Einen vergleichbaren Anteil an Selbstständigen hat keine der anderen Sejm-Fraktionen vorzuweisen.

Enfant terrible des polnischen Liberalismus: Der kometenhafte Aufstieg des Janusz Palikot

Auch Palikot selbst hat sich vor seiner politischen Karriere einen Namen als kluger Geschäftsmann gemacht. Als erfolgreicher Alkoholproduzent war er zwischen 1995 und 2006 jährlich auf der Liste der 60 reichsten Polen vertreten. Folgerichtig schloss er sich politisch zunächst der wirtschaftsliberalen Bürgerplattform (PO) an, über deren Liste er 2005 erstmalig ins Parlament einzog. Nachdem

die PO als Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen im Herbst 2007 in die Regierungsverantwortung gelangte, wurde Palikot die Leitung des Sonderausschusses zum Bürokratieabbau »Freundlicher Staat« übertragen. 2009 übernahm Palikot zudem den stellvertretenden Vorsitz der PO-Fraktion im Sejm.

Seinen schnellen politischen Aufstieg verdankte Palikot allerdings weder dem emsigen Aktenstudium noch einem besonderen Durchhaltevermögen während langer Gremiensitzungen. Vielmehr verstand er es wie kaum ein Zweiter, sich mit medial geschickt inszenierten Happenings und Tabubrüchen in Szene zu setzen. Unvergessen ist eine Pressekonferenz, zu der er mit einer Spielzugpistole in der einen und einem Plastikpenis in der anderen Hand erschien, um auf das Problem sexueller Übergriffe von Polizisten auf weibliche Inhaftierte hinzuweisen. Ein anderes Mal präsentierte Palikot im Fernsehstudio einen abgetrennten Schweinskopf, der der »Mafia« des polnischen Fußballverbandes als Warnung dienen sollte, dass ihre Verhaftung kurz bevorstehe. Sogar Parlaments- und Parteikollegen blieben von seinen regelmäßigen Pöbeleien nicht verschont. Und selbst dem verstorbenen Präsidenten Lech Kaczyński unterstellte er wiederholt krankhaften Alkoholismus.

Solche Auftritte machten sich bezahlt. Obwohl er niemals ein Regierungsamt innehatte, war Palikot im Handumdrehen bekannter als die meisten Kabinettsmitglieder. Lediglich der Staatspräsident, der Premierminister und Jarosław Kaczyński als Vorsitzender der größten Oppositionspartei konnten sich auf noch höhere Bekanntheitsgrade berufen. Kurz vor der Wahl war der Name Janusz Palikots nur drei Prozent der Polen nicht geläufig.

Maßgeblich für den späteren Erfolg Palikots war dabei vor allem, dass er nicht einfach wahllos provozierte, sondern bei all seinen Ausfällen stets ein untrügliches Gespür für gesellschaftliche Stimmungen bewies, die vom parteipolitischen Mainstream ignoriert wurden. Durch die krasse, öffentlich vorgetragene Überzeichnung der Missstände setzte er sich anschließend an die Spitze der Protestbewegung. Besonders erfolgreich gelang ihm das seit den Sommermonaten 2010, als sich religiöse Fanatiker dem Abtransport des Holzkreuzes vor dem Präsidentenpalast widersetzen. Im Konflikt um das Kreuz, den die Staatsmacht lange Zeit nicht für sich entscheiden konnte, manifestierte sich das Unbehagen vieler Polen über die zunehmende Ausdehnung der kirchlichen Einflussphäre

auf den öffentlichen Raum. Jedoch traute sich kaum einer der etablierten Politiker, die hitzige mediale Debatte und den sich klar abzeichnenden gesellschaftlichen Konflikt für beherzte Angriffe gegen den Klerus zu nutzen. Einzig Janusz Palikot ergriff die Gelegenheit und machte die Kirchenkritik fortan zu seinem Kernthema.

Die um Seriosität bemühte und kulturell mehrheitlich eher konservativ gesinnte Bürgerplattform kam mit Palikots Ausfällen jedoch zunehmend schwerer zurecht. Im Sommer 2010 hatte Palikot gar kurz vor dem Parteiausschluss gestanden. Im Oktober desselben Jahres gründete er dann seine eigene Bewegung. Bald darauf verzichtete er auf sein Parlamentsmandat. Neben »der Kirche« wurde nun auch »das System« zur bevorzugten Zielscheibe seiner rhetorischen Attacken. Unbarmherzig kritisierte er das politische Establishment im Land: die führungsorientierten Parteien, die ausufernde Bürokratie, die administrative Inkompetenz und die staatliche Parteienfinanzierung. Dass er selbst noch kurz zuvor hervorragend in diesem System existiert hatte, bekümmerte ihn offensichtlich nicht weiter. Stattdessen rechnete er in einem Buch mit dem Titel *Die Kulissen der Bürgerplattform* mit seinen ehemaligen Parteifreunden ab.

Merkmale einer populistischen Anti-Establishment-Partei

»Wir haben genug« – fünfmal findet sich diese Feststellung allein im einleitenden Kapitel des Wahlprogramms der Palikot-Bewegung. Die nächsten sieben Seiten behandeln weltanschauliche Fragen und das Verhältnis von Kirche und Staat. Es folgen vier Seiten zum Bürokratieabbau. Unter dem Titel »Reparatur des Staates« wird auf weiteren vier Seiten konstatiert, das polnische Parteiensystem sei »krank und undemokratisch«. Der Sejm sei »eine Fiktion« in der die Abgeordneten nichts zu sagen hätten. Abhilfe soll unter anderem die Abschaffung der zweiten Parlamentskammer sowie die teilweise Einführung von Einmandatswahlkreisen schaffen, die ein »nicht-parteiisches System« unterstützen sollen. Erst die vorletzten vier Seiten widmen sich der Wirtschaftspolitik, bevor ganz zum Schluss die Reduzierung des Verteidigungshaushaltes zugunsten der Kultur gefordert wird.

Kurzum: Mit einem ausgefeilten linken Wertekanon ist die Palikot-Bewegung keinesfalls in ihren Wahlkampf gezogen. Eine sozialdemokratische Orientierung lag den

meisten RP-Kandidaten angesichts ihrer eigenen beruflichen Biografie vollkommen fern. Und auch ihre Wählerinnen und Wähler waren mehrheitlich keine heimatlosen Linken auf der Suche nach einer neuen politischen Repräsentanz. Überzeugen ließen sie sich wohl eher von der Person des Parteivorsitzenden sowie der schonungslosen Kritik am weltlichen und geistlichen Establishment des Landes.

Das lässt sich mühelos an den Stimmverhältnissen im Wahlkreis Warschau ablesen. Hier führte Palikot die Liste seiner Partei an, gefolgt von Wanda Nowicka, der in linken Kreisen überaus bekannten und geschätzten Frauenrechtlerin. Anders als Palikot hat Nowicka in den letzten zwei Jahrzehnten eng mit verschiedenen progressiven Parteien zusammengearbeitet und sich als Vorsitzende des Verbandes für Frauenrechte und Familienplanung für die Emanzipation der polnischen Frauen eingesetzt. Im Vorfeld des 9. Oktober rief demzufolge eine Vielzahl prominenter linker Wissenschaftler und Journalisten die Warschauer zur Stimmabgabe für Wanda Nowicka auf. Nicht umsonst räumt das polnische Wahlrecht den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit ein, nicht nur für eine Liste, sondern auch für eine ganz konkrete Person auf dieser Liste zu stimmen. Trotzdem erhielt Janusz Palikot mehr als das Dreizehnfache der Stimmen von Wanda Nowicka. Eine annähernd vergleichbare Stimmendiskrepanz zwischen Erst- und Zweitplatzierten trat im Wahlkreis Warschau bei keiner der anderen großen Parteien auf. Und das, obwohl hier ebenso prominente Persönlichkeiten wie der amtierende Premierminister Donald Tusk, der Oppositionsführer Jarosław Kaczyński oder der ehemalige Justizminister Ryszard Kalisz die jeweiligen Listen eröffneten.¹

Die Untersuchungen der Wählerwanderungen zwischen den Parlamentswahlen von 2007 und 2011 deuten ebenfalls darauf hin, dass die Palikot-Bewegung ihren Erfolg mitnichten den enttäuschten Anhängern des sozialdemokratischen SLD zu verdanken hat. Tatsächlich hatte fast die Hälfte aller RP-Wähler des Jahres 2011 im Jahr 2007 noch für die PO gestimmt. Vom Wahlbündnis »Linke und Demokraten«, in dem der SLD 2007 angetreten war, hat Palikot hingegen nur acht Prozent seiner Wählerinnen und Wähler abgeworben.

Wahlkreis Warschau I: Kandidaten mit dem jeweils besten und zweitbesten Stimmresultat aller parlamentarisch vertretenen Parteien

Partei	Person /Stimmen
Ruch Palikota (RP)	J. Palikot / 94 811 W. Nowicka / 7 065
Prawo i Sprawiedliwość (PiS)	J. Kaczyński / 202 297 M. Kamiński / 17 535
Platforma Obywatelska RP (PO)	D. Tusk / 374 920 M. Kidawa-Błońska / 45 027
Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)	R. Kalisz / 53 451 M. Balicki / 9 175
Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL)	W. Kozakiewicz / 5 792 A. Struzik / 2 376

Stärker ausschlaggebend als die Stimmen vom SLD war für Palikot demgegenüber die Unterstützung der Nicht- und Erstwähler. 17,5 Prozent seiner Anhänger gaben an, an den vorangegangenen Wahlen nicht teilgenommen zu haben. Ein genauer Blick auf die Altersstruktur des RP-Elektorats erklärt diese Zahl. Palikot mobilisierte die mit Abstand jugendlichste aller Anhängerschaften. 32 Prozent seiner Wählerinnen und Wähler waren zwischen 18 und 25 Jahre alt. Insgesamt hatten über 23 Prozent dieser Alterskohorte für die RP gestimmt, wobei sich insbesondere Gymnasiasten und Studenten empfänglich für die Wahlversprechen Palikots gezeigt hatten. Während Palikot also unter den Jungwählern seinen Durchschnitt mehr als verdoppelt hatte, blieben alle anderen Parteien in dieser Wählergruppe deutlich unter ihrem Gesamtergebnis. Ein weiteres sozialstrukturelles Merkmal, welches die Unterstützer Palikots markant vom Rest der Stimmberechtigten unterschied, war deren Geschlecht: Die Wählerschaft von PO und PiS war weiblich dominiert, im SLD und der PSL hielten sich Männer und Frauen die Waage. Einzig das Palikot-Elektorat war mit 63 zu 37 Prozent eindeutig maskulin geprägt.²

Nicht nur in Bezug auf das Wahlprogramm und auf den Werdegang des Großteils ihrer parlamentarischen Repräsentanten unterscheidet sich die Palikot-Bewegung demzufolge von traditionell linken Parteien. Auch die Jugendlichkeit und die hohe Männerdominanz ihrer Wählerklientel sind eher Merkmale von Anti-Establishment-Protestbewegungen. Als problematisch kann sich

1. Alle Stimmresultate sind auf der Internetseite der Polnischen Wahlkommission einsehbar: <http://pkw.gov.pl/> (aufgerufen am 20.2.2012)

2. Zahlen des Meinungsumfrageinstituts TNS OBOP in einer Nachwahlumfrage für den Fernsehsender TVN24. Im Internet abrufbar unter: <http://www.tvn24.pl/wybory2011.html> (aufgerufen am 6.2.2012)

das vor allem deshalb erweisen, da junge Wählerinnen und Wähler immer auch eine besonders rigide Erwartungshaltung an den Tag legen. Wohl keine andere polnische Partei wird in der kommenden Legislaturperiode von den eigenen Sympathisanten ähnlich streng beäugt werden wie die RP. Der Mannschaft von Palikot wird es dabei nicht leicht fallen, den hohen Erwartungen gerecht zu werden. Selbst die Schlüsselpositionen der Bewegung sind oftmals mit Personen besetzt, für die der Wahlkampf des letzten Jahres die erste nennenswerte politische Betätigung ihres Lebens war. Die ernüchternden Mühen des parteipolitischen Tagesgeschäfts werden für sie gewöhnungsbedürftig sein. Ähnliches gilt für die Palikot-Fraktion im Sejm, in der neben dem Vorsitzenden nur ein weiterer Abgeordneter auf vorherige parlamentarische Erfahrung zurückblicken kann.

Der SLD ist in seinen Grundfesten erschüttert

Sicherlich aber sind die aktuellen Probleme Palikots gering im Kontrast zu dem Katzenjammer, der neuerdings im SLD vorherrscht. Über Jahrzehnte galt der Linksbund als einzig denkbarer Repräsentant der Sozialdemokratie in Polen. Als Rechtsnachfolger der ehemaligen sozialistischen Einheitspartei war der SLD finanziell so üppig ausgestattet und organisatorisch so hervorragend eingespielt, dass er alle Versuche parteipolitischer Neugründungen links der Mitte problemlos überdauerte. Zu Beginn der 1990er Jahre noch als bloßer Interessenvertreter volksrepublikanischer Nostalgiker und entmachteter Eliten verschrien, kam der Linksbund anschließend erstaunlich schnell im politischen Mainstream der neuen Demokratie an. 1993 und 2001 wurde er in nationale Regierungsverantwortung gewählt. Zwischen 1995 und 2005 hatte zudem mit Aleksander Kwaśniewski ein ehemaliger SLD-Vorsitzender das höchste Staatsamt inne. Die polnischen Wähler goutierten dabei insbesondere die handwerkliche Professionalität der postkommunistischen Politiker. Während sich die Repräsentanten des Post-Solidarność-Lagers in parteiinternen Konflikten aufrieben und ihren Mangel an legislativer und exekutiver Erfahrung nur schwer verbergen konnten, strahlten die alten Kader administrative Souveränität aus.

Von dieser einstigen Stärke ist indes nicht mehr viel übrig geblieben. Zum nunmehr dritten Mal in Folge muss sich der SLD nach den Parlamentswahlen mit der Oppositionsrolle begnügen. Allerdings hat die Niederlage vom 9.

Oktober 2011 ein besonderes Ausmaß erreicht. Nie zuvor hat der Linksbund ein vergleichbar schlechtes Ergebnis erzielt. Und nie zuvor war seine Parlamentsfraktion so klein. Mittlerweile haben 16 von insgesamt 41 Wahlkreisen keinen SLD-Abgeordneten mehr. Zwei Sozialdemokraten entsendet einzig der niederschlesische Wahlbezirk Legnica in den Sejm. Da also im Regelfall – wenn überhaupt – nur ein Listenplatz zog, gehören viele namhafte Fachpolitiker des SLD dem neuen Sejm nicht mehr an.

Die irrtümlichen Lehren des Präsidentschaftswahlkampfes

Besonders bitter ist diese Situation für den SLD vor allem deshalb, da die Vorzeichen zum Jahresanfang 2011 keineswegs schlecht standen. Bis zu 18 Prozent versprochen die Umfragen dem Linksbund damals. Der junge Parteivorsitzende Grzegorz Napieralski führte auf Augenhöhe mit Premierminister Donald Tusk die Beliebtheitsrankings polnischer Politiker an. Da die Palikot-Bewegung zu diesem Zeitpunkt noch im Ein-Prozent-Bereich dümpelte, lag selbst eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung im Bereich des Möglichen.

Erklären lassen sich diese Zahlen mit Blick auf die Präsidentschaftskampagne vom Sommer 2010. Damals hatte Napieralski mit einem Achtungserfolg von 13 Prozent im ersten Wahlgang von sich reden gemacht. Rückblickend aber verschärften sich ausgerechnet mit diesem Ereignis viele der ohnehin schon bestehenden strukturellen und personellen Probleme des SLD zusätzlich.

Denn bei den Präsidentschaftsstimmen für Napieralski handelte es sich in erster Linie um ein Votum gegen seine Konkurrenten. Im Vergleich mit dem erzkonservativen Jarosław Kaczyński und dem überkorrekten, oft steifen Bronisław Komorowski wirkte Napieralski – bis dato eher als visionsloser Funktionär verschrien – geradezu lebendig und jugendlich. Auf diese Weise erschloss der erst 36-jährige Napieralski in wenigen Wochen neue, überwiegend junge Wählerreservoirs, die in keinerlei Verbindung zum traditionellen, emotional eng mit der Volksrepublik verbundenen SLD-Elektorat standen. Vor allem in der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren erzielte Napieralski seine besten Ergebnisse.

Diese Entwicklung stärkte dem innerparteilich zuvor hoch umstrittenen Napieralski eindeutig den Rücken. Erstmals

seit seinem Amtsantritt verstummen seine Kritiker. Doch anstatt seine Konkurrenten mit der großzügigen Souveränität des unumstrittenen Anführers wieder in den Reihen der Partei zu integrieren, marginalisierte Napieralski all jene Politiker, die im Vorfeld Bedenken gegen seine Bewerbung um das Präsidentenamt geäußert hatten. Er verhinderte ihre Wiederwahl in wichtige Parteiämter und besetzte die vakanten Positionen mit seinen Protegéés. Gleiches passierte wenig später auch bei der Aufstellung der Kandidaten zur Parlamentswahl: Während Napieralskis treueste Anhänger die Listen eröffneten, wurden kritische Köpfe auf die hinteren Plätze verdrängt.

In der Konsequenz verlor der an interessanten Persönlichkeiten und programmatischen Vordenkern ohnehin nicht eben reiche Linksbund zusätzlich an Sprachfähigkeit. Eben diese aber hätte er im Parlamentswahlkampf 2011 bitter nötig gehabt, auch wenn das Napieralskis Wahlkampfmanager anders sahen. Ganz offensichtlich ließen sie sich von Napieralskis gutem Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl blenden, griffen auf das vermeintlich bewährte Erfolgskonzept zurück und schnitten die SLD-Kampagne beinahe ausschließlich auf die Person des Vorsitzenden zu. Dabei hatten sich die Vorzeichen unterdessen grundlegend verändert. In Anbetracht der guten Notierungen bei den Präsidentschaftswahlen wurde Napieralski von der politischen Konkurrenz und den Medien nun erstmals als ein ernstzunehmender Akteur wahrgenommen. Anders als im Sommer 2010 reichte es nicht länger aus, sich über eine verstärkte Anwesenheit in Internetforen und Kritik am konfliktiven Regierungsstil der Etablierten zu profilieren. Dem SLD und seinem Vorsitzenden wurden nun auch inhaltliche Fragen gestellt. Überzeugende Antworten fielen den Sozialdemokraten bedauerlicherweise nie ein. Aufgrund der Kompromisslosigkeit, mit der Napieralski den Partei- und Fraktionsvorstand von kritischen Köpfen gesäubert hatte, war er dort nur noch von Personen umgeben, die ihre eigene Karriere nicht an politischen Inhalten, sondern an der Person des Vorsitzenden ausgerichtet hatten.

Obschon der SLD ein durchaus imposantes Wahlprogramm vorgelegt hatte, gelang es den Kampagnenplanern nicht, sich auch nur mit einer interessanten Idee dauerhaftes öffentliches Gehör zu verschaffen. Stattdessen organisierten sie für Napieralski reihenweise inhaltsleere Happenings, die regelmäßig in einem medialen Fiasco endeten. So lud die SLD-Pressestelle eine Woche vor Schulanfang zum Ortstermin in einen Stettiner Schreib-

warenladen, in dem Napieralski und seine vom Blitzlichtgewitter vollkommen verängstigten Töchter Schulbücher und Malstifte einkauften. Ähnlich katastrophal endete Napieralskis Forderung nach Laptops für jeden polnischen Schüler, die er vor den Toren einer Warschauer Grundschule kundtat. Von einer resoluten Schulleiterin des Platzes verwiesen, musste er seinen Auftritt kurzerhand auf die gegenüberliegende Straßenseite verlegen. Dort sprengte dann eine kleine Gruppe der PO-Parteiugend die Veranstaltung, indem sie Napieralski vorrechnete, dass die Umsetzung seiner Pläne neunmal so teuer wäre, als von ihm angegeben.

Dem jungen und unerfahrenen Team um Napieralski unterliefen gleich reihenweise handwerkliche Fehler. Die Funktion eines Wahlkampf Drehbuchs schien ihnen unbekannt. Geregelt Kommunikationsstrukturen zwischen Parteizentrale und den Gliederungen in der Fläche existierten ebenfalls nicht. Immer wieder machten SLD-Kandidaten mit apolitischen oder gar sexistischen Wahlkampfvideos aus Eigenproduktionen von sich reden. Unter ihnen war auch der Chef des Medienbüros des SLD, dem Napieralski persönlich den ersten Listenplatz im Wahlkreis Gnesen beschafft hatte.

Falsch beraten war Napieralski auch, als er Anfang August einen Pakt mit dem exklusiven Arbeitgeberverband Business Center Club (BCC) verkündete. Offenkundig wollte er damit seine häufig angezweifelte wirtschaftliche Kompetenz unter Beweis stellen. Da es der SLD aber entgegen der Praxis der letzten zwanzig Jahre zugleich verpasst hatte, einen Wahlauftritt mit dem Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverband (OPZZ) zu unterzeichnen, ging der Schuss nach hinten los. Der OPZZ riet seinen Mitgliedern kurzerhand, nur Gewerkschaftskandidaten ihre Stimme zu geben oder andernfalls am Wahltag zu Hause zu bleiben. Und auch die Führungsgremien des Linksbundes zeigten sich irritiert, da sie über die Allianz mit dem BCC erst aus der Presse erfuhren.

Über all diese Fehlritte fielen die Medien unbarmherzig her. Die Fernsehnachrichten zeigten nicht länger einen gutgelaunten Präsidentschaftskandidaten, der frühmorgens vor den Werkstoren Äpfel verteilte oder mit seiner Familie spazieren ging. Stattdessen fingen die Kameras einen sichtlich angeschlagenen Parteivorsitzenden ein, dem auf die Frage, wie er seine Wahlversprechen gegenfinanzieren wolle, fünfzehn Sekunden keine Antwort

einfiel, bevor er anschließend zu einer Liquidierung des Instituts des Nationalen Gedenkens riet.

Die Funktionäre sperren sich gegen eine Öffnung der Partei

Ebenso katastrophal wie der Wahlkampf fiel dann auch das Wahlergebnis aus. In den ersten Tagen nach dem Urnengang entbrannte im SLD eine erbitterte Auseinandersetzung um die Verantwortung für das Debakel. Bald schon wandte sich die Debatte aber zukünftigen Fragen zu. Seitdem wirbt eine Gruppe von Modernisierern für eine stärkere Aufgeschlossenheit des Linksbundes. Im Dialog mit der Palikot-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken soll sich der SLD organisatorisch öffnen und inhaltlich neu definieren. Demgegenüber drängt die Mehrheit der einflussreichen Parteifunktionäre zunächst auf die Formierung der eigenen Reihen und einen abwartenden Umgang mit der großen Unbekannten, die Palikot darstellt.

Wahrscheinlich ist letztere Taktik vorerst nicht ganz verkehrt. In der Tat waren Palikots politische Manöver in der Vergangenheit zu erratisch, um mit seiner Person begründete Hoffnungen auf eine stabile und erfolgreiche Zukunft zu verbinden. Allerdings rührt die ablehnende Haltung gegenüber einer sofortigen Dialogaufnahme vermutlich eher aus der generellen Angst des Apparats vor neuen Verbündeten. Immerhin haben insbesondere die sechzehn Wojewodschaftsvorsitzenden im System SLD eine mächtige Position inne. Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden sind sie die Schlüsselfiguren bei der Besetzung aller Wahllisten. Dadurch haben sie nicht nur zahlreiche Patronagemöglichkeiten, sondern auch das Privileg, sich bei Bedarf selbst für aussichtsreiche Posten ins Spiel zu bringen. Durch eine Öffnung des sozialdemokratischen Kandidatenpools für Personen »von außen« würde ihnen ein wichtiger Teil ihrer innerparteilichen Macht entgleiten.

»Für diese Menschen ist das schlechte Wahlergebnis des SLD Grund zur Sorge. Aber eine Veränderung der inneren Strukturen der Partei käme einer Tragödie gleich«, bringt es der linke Journalist Robert Walenciak in der Wochenzeitung *Polityka* auf den Punkt. Der durchschnittliche SLD-Funktionär lebe weiterhin lieber mit dem Acht-Prozent-Spatzen in der Hand, als seine eigenen Karrierechan-

cen für die Taube eines zweistelligen Wahlergebnisses zu minimieren (vgl. Walenciak 2011: 25).

Wie sehr diese Denkweise die Partei weiterhin beherrscht, verdeutlichen die jüngsten Personalentscheidungen des SLD. Nachdem Grzegorz Napieralski am 10. Oktober seinen Rückzug vom Fraktions- und Parteivorsitz bekanntgegeben hatte, folgte ihm in beiden Funktionen der ehemalige Premierminister Leszek Miller nach, obwohl sich um beide Ämter durchaus auch andere qualifizierte Kandidaten beworben hatten. Leszek Miller ist für die außerparlamentarische Linke ein rotes Tuch. Frauenorganisationen nervt sein chauvinistisches Gehabe, Friedensaktivisten kritisieren ihn für die Entsendung polnischer Truppen in den Irak und Arbeitnehmersvertreter erinnern sich mit Schrecken an die wirtschaftsfreundliche Politik seiner Regierung. Für den Apparat verheißt Miller jedoch genau deshalb ein bequemes Maß an Kalkulierbarkeit. Überdies ruft er in der geschundenen Partei Erinnerungen an bessere Zeiten wach. 41 Prozent erzielte der SLD unter seiner Ägide bei den Parlamentswahlen 2001. Dass die Miller-Administration dieses Vertrauen anschließend innerhalb von drei Jahren gründlich verspielte und damit die bis heute andauernde Durststrecke des SLD einläutete, scheint vergessen.

Als wirklich eigenständiger Akteur gilt Miller in seinen neuen Ämtern freilich ohnehin nicht. Ganz offenkundig haben Napieralski und er ein stillschweigendes Abkommen getroffen: Napieralski hat Miller in der Fraktion und unter den Funktionären die notwendigen Mehrheiten besorgt. Im Gegenzug garantiert Miller seinem jungen Vorgänger und dessen engsten Mitarbeitern weitgehende Immunität: Napieralski gehört weiterhin dem Parteivorsitz an und auch sein einstiger Büroleiter sowie der ehemalige Pressesprecher sind mit Posten in der Fraktion versorgt worden.

Wo kann die programmatische Zukunft des SLD liegen?

Völlig in Vergessenheit gerät über diese personalpolitischen Taktierereien die eigentlich viel entscheidendere Diskussion um eine inhaltliche Neuausrichtung des Linksbundes. Dabei müsste sich die Frage, für wen der Linksbund mit einem Zuspruch von gerade einmal vier Prozent

der Wahlberechtigten³ noch Politik machen will, doch eigentlich aufdrängen.

In den 1990er Jahren, so argumentiert Michał Syska vom Breslauer Ferdinand-Lassalle-Zentrum, seien in Polen vor allem zwei politische Konfliktlinien relevant gewesen: Die historische Auseinandersetzung um die Bewertung der Volksrepublik sowie die kulturellen Gegensätze zwischen Stadt und Land, Nationalismus und Weltoffenheit, Religion und Säkularisierung. Beide dieser Cleavages habe der SLD geschickt bedient, indem er zum einen die natürliche Heimat aller volksrepublikanischen Nostalgiker gewesen sei, zum anderen aber auch die städtische Intelligenz für sich habe überzeugen können. Dies sei durch die Betonung der handwerklichen Kompetenzen, der Kompromissfähigkeit und der Weltoffenheit ihrer Führungspolitiker gelungen. Nach der sozialdemokratischen Wahlniederlage von 2005 habe aber die PO im Konflikt mit der national-katholischen PiS die führende Stellung im Lager der Modernisierer eingenommen. Als im Wahlkampf 2007 die PO schließlich als einzige Partei gegolten habe, die den antikommunistischen Feldzügen der Kaczyński-Brüder ein Ende setzen könne, sei dann auch für die Repräsentanten der ehemaligen Nomenklatura die PO zur Partei der ersten Wahl geworden (vgl. Syska 2011: 11f.).


Mit ziemlicher Sicherheit steht jedenfalls fest, dass das Nichtzustandekommen der im Parlamentswahlkampf 2005 noch prognostizierten PO-PiS-Koalition die polnische Linke in ihrer Gesamtheit vor ein dauerhaftes Dilemma stellt. In den folgenden beiden Jahren zementierte sich der Antagonismus zwischen Bürgerplattform und Recht und Gerechtigkeit dermaßen, dass sich der Kern der politischen Auseinandersetzung in Polen seitdem dauerhaft rechts der politischen Mitte befindet. Sich in diesem Kampf der Giganten ausreichend Gehör zu verschaffen, um glaubhaften Anspruch auf den Posten des Regierungschefs anmelden zu können, dürfte für den SLD in seiner jetzigen Verfassung unmöglich sein. Gelingen kann das – wenn überhaupt – nur, wenn der Linksbund eine Vorstellung davon entwickelt, welche gesellschaftspolitischen Spannungslinien er gewinnbringend für sich besetzen kann.

3. Zwar erhielt der SLD acht Prozent der Wählerstimmen, die Wahlbeteiligung lag allerdings lediglich bei 48,9 Prozent.

Während der Konflikt um die Vergangenheit aus demografischen Gründen zusehends an Bedeutung verliert, wird das Lager der proeuropäischen Modernisierer einseitig nicht nur von der PO, sondern auch von der Palikot-Bewegung recht erfolgreich integriert. Interessant scheint daher die Überlegung, ob sich der SLD entgegen seiner bisherigen Überzeugung nicht stärker sozioökonomischen Fragen widmen sollte. In den 1990er Jahren enthielt sich der Linksbund ganz bewusst einer allzu dezidierten Kritik der wirtschaftlichen Schocktherapie. Zu groß war die Sorge, in den Ruf der im Staatssozialismus verhafteten Ewiggestrigen zu geraten. Bis heute ist in Polen deshalb die PiS die einzige ernstzunehmende politische Kraft, die die Belange der ökonomisch Unterprivilegierten offensiv artikuliert.

Der Begründungszusammenhang der PiS ist dabei selbstredend kein sozialdemokratischer, sondern ein sozialkatholischer, wenn nicht gar populistischer. Eben der kulturelle Konservatismus aber macht die Partei in erster Linie nur für die älteren Jahrgänge der Marginalisierten interessant. Indessen hadert dieser Tage zunehmend auch die junge und gut ausgebildete Generation mit den Verwerfungen des Kapitalismus. Trotz ausgezeichneter Universitätsabschlüsse sind viele von ihnen nur mit sogenannten »Müllverträgen« ausgestattet, arbeiten also für einen Bruchteil des Durchschnittseinkommens und ohne nennenswerten Kündigungsschutz. Eine überzeugende Antwort auf die prekäre Situation der jungen Menschen hat bislang noch keine der polnischen Parteien liefern können. Ob die Unternehmer der Palikot-Bewegung ein Gespür für diese Fragen mitbringen, ist ebenfalls zweifelhaft. Hier also wäre in der Tat eine Marktlücke.

Fraglich ist, ob ausgerechnet die desorientierten Sozialdemokraten dem jungen Prekariat eine Perspektive aufzeigen können. Erschwerend kommt hinzu, dass sich der aktuelle sozialdemokratische Parteienwuchs durch einen gravierenden Mangel an fachpolitischen Kompetenzen auszeichnet. Während Grzegorz Napieralski eine ganze Reihe von selbsternannten PR-Experten in die innersten Parteizirkel eingeführt hat, fehlt es an sozialpolitischen Fachleuten, Ökonomen, Gesundheits- und Familienpolitikern. Andererseits meint es der politische Kalender gut mit dem Linksbund. Erst 2014 muss er sich bei den Europa- und Kommunalwahlen wieder dem Wählervotum stellen. Zeit genug für die sozialdemokratischen Funktionäre, um parteiintern und im Gespräch mit Vorfeldorganisationen nach Antworten auf die drängenden-



ten gesellschaftlichen Herausforderungen zu suchen, sich persönlich fortzubilden und die richtigen Personen für eine inhaltliche Neuausrichtung des SLD in Stellung zu bringen. Bleibt zu hoffen, dass die polnische Linke diese Chance zu nutzen weiß. Denn es könnte ihre letzte sein.

Literatur

Czapiński, Janusz/Panek Tomasz (2011): *Diagnoza społeczna 2011. Warunki i jakość życia Polaków*, Warszawa.

Syska, Michał (2011): *Koniec postkomunistycznej socjaldemokracji? Polska po wyborach parlamentarnych 2011*, unveröffentlichtes Manuskript vom November 2011.

Walenciak, Robert (2011): *Nowa lewica ze starą twarzą*, *Polityka* Nr. 44: 24–25.



Über die Autoren

Knut Dethlefsen ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau.

Julia Walter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86498-069-5